

TProtokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungstermin: Dienstag, 12.03.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Rehling, Gertrud
Strelow, Gregor
ten Hove, Andreas

für Harald Hemken

CDU-Fraktion

Falbe, Ole
Gröttrup, Bernd

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Nützel, Christian

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Für Erich Bolinius

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

Die PARTEI

Greving, Hagen

Beratende Mitglieder

Rölling, Stefan
Vogler, Jannik

Naturschutzbeauftragter der Stadt Emden
Vertreter des Jugendparlamentes

Verwaltungsvorstand

Krantz, Irina

Stadtbaurätin

von der Verwaltung

Malzahn, David

Protokollführung

Brunken, Elke

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter eröffnet die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Einwohner und Herrn Saathoff von der EZ.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis:

Einstimmig.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winter teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 4 „18/0294/6, Sanierung Innenstadt pp.“ und TOP 9 „18/0586/2, Gründung einer Verbundstruktur pp.“ wegen neuer Entwicklungen von der Verwaltung zurückgezogen werden.

Beim TOP 11 „Vorlage 18/1160, Hansator-Quartier pp.“ werde über die von der Verwaltung geänderte Beschlussfassung abgestimmt.

Der Zusatz „-Aufstellungsbeschluss D77, I. Abschnitt, Industrie- und Gewerbegebiet am Neptundock gem. §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 BauGB“ solle nicht zur Beschlussfassung kommen, da dieser lediglich noch auf der Tagesordnung zu finden sei und nicht mehr auf der geänderten Beschlussvorlage. Die Tagesordnung sei bereits verschickt worden und der Beschlussentwurf danach geändert.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen genehmigt.

Ergebnis:

Einstimmig.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Keine

B E S C H L U S S V O R L A G E N

- TOP 4 Sanierung Innenstadt "Lebendige Zentren";**
- **Aufhebung des Billigungsbeschlusses vom 29.06.2023 (Vorlage 18/0294/4)**
- **Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 05.10.2023 (Vorlage 18/0294/5)**
Vorlage: 18/0294/6

Wegen neuerer Entwicklung wird dieser Punkt von der Verwaltung zurückgezogen und einem der nächsten Ausschüsse zur Beschlussfassung erneut vorgelegt werden.

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

- TOP 5 86. Änderung des Flächennutzungsplanes "Freiflächen-Photovoltaikanlage A 31";**
- **Beschluss über den Geltungsbereich und die frühzeitige Beteiligung (Stadium I)**
Vorlage: 18/0238/1

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus, die zusammen mit dem Punkt 6 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan pp.“ behandelt wird.

Herr Strelow spricht von einer wegweisenden Entscheidung und die Potenzialanalyse habe die Flächen identifiziert. Es handle sich hier ja um eine recht große PV-Anlage und man könne froh sein, dass diese durch die Stadtwerke mitentwickelt werde. Gebaut werde aber sicher erst in 2025. Es wundere ihn aber, es angesichts des beabsichtigten schnelleren Ausbaus der erneuerbaren Energien noch immer so lange dauere.

Herr Busch stimmt der Vorlage für seine Fraktion ebenfalls zu. Er gibt aber zu bedenken, dass es sich um 55 ha wertvolle Ackerflächen handle, die dafür verbaut würden, was für ihn nicht in Ordnung sei, zumal sich nördlich des Tiefs weitaus schlechteres Grünland befinde, und da wäre die PV-Anlage seiner Meinung nach besser aufgehoben.

In der Landwirtschaft gelte für die Düngung der Flächen die Regel „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“ und daher sei auch das wertvollere Land für die Nutzung durch die Landwirte besser geeignet.

Herr Nützel teilt mit, dass durch ihn das Thema der Ackerflächennutzung schon mehrfach angesprochen worden sei. Er sei nicht grundsätzlich gegen die PV-Anlagen, aber er sei der Meinung, dass man dafür andere Flächen finden solle. Dies sei aber seine persönliche Ansicht, nicht die der Fraktion, und daher enthalte er sich auch aus ethischen Gründen seiner Zustimmung. Es würden wohl Flächen für die Gewinnung von Energie gebraucht, aber eben auch Flächen für den Nahrungsanbau.

Den Umweltbericht müsse man sich aber auf jeden Fall genauer ansehen, denn ihm sei aufgefallen, dass zum Thema Brut- und Gastvögel der Text nicht übereinstimmen könne mit der Bewertung zu den Ackerflächen, welche in 3 Stufen unterteilt werde. Mit einer Einteilung für die Brutvögel in Stufe 2 beim Ackerland sei seiner Meinung zu grob, es fehle ihm dazu aber die nötige Fachkenntnis. Gleichwohl bitte er die Verwaltung, sich den Umweltbericht noch einmal näher anzusehen.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

Herr Strelow möchte wissen, ob man mit den Flächen hinkomme, zumal ein Kohleausstieg ja in 2030 geplant sei, oder ob die Stadt noch weitere Flächen vorhalten müsse.

Frau Krantz informiert, dass der VA erst im April tage, man sich aber erbete, bereits nach positiver Beratung im Stadtentwicklungsausschuss die Pläne auszulegen. Wenn dieser jetzt gefasst werde, könne man vor Ostern die Offenlage bekannt machen. Zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung zu treffen sei wegen der Fristen schwierig.

In den letzten Ausschüssen habe **Herr Kinzel** bereits erläutert, dass mit den geplanten Flächen die gesetzten Ziele für Emden schon erfüllt seien und man eher schon über diese hinaus sei und es somit keine Probleme geben werde.

Herr Busch spricht Kompensationsflächen in Simonswolde an und fragt, warum keine Flächen in Emden gewählt worden seien.

Anmerkung der Protokollführerin

Die Stadtwerke Emden teilen mit, dass vorrangig versucht worden sei, im Projekt und dessen unmittelbarem Umfeld zu kompensieren. Mit dem Gelegeschutz sei dies in Teilen auch umsetzbar gewesen. Innerhalb des vorhandenen Flächenpools wurden darüber hinaus potentielle Flächen für Wiesenvögel gesucht. Die Fläche in Simonswolde sei aufgrund von Lage, Größe und aktueller Nutzung besonders zur Aufwertung für Wiesenvögel geeignet und daher ausgewählt.

Frau Krantz wird dieses über das Protokoll mitteilen. In erster Linie konzentriere man sich auf Dachflächen oder Bahnstrecken und wolle versuchen, wertvolle Grün- und Ackerflächen auszunehmen.

Herr Malzahn teilt mit, dass ein Abstand von 200 m zu Autobahnen über den § 35 BauGB vom Gesetzgeber geregelt sei und man als Kommune somit kaum Möglichkeiten habe, diese Anlagen abzulehnen, da sie vom Gesetzgeber privilegiert seien. Es sei gut, dass die Stadtwerke die Aufstellung eines Flächennutzungs- und Bebauungsplans wollten, das sei zwar einerseits mehr Arbeit, biete aber auch größere Gestaltungsspielräume.

Herrn Nützel würde es noch interessieren, wer die Wertstufen festlege und bittet, dieses ggfs. über das Protokoll zu beantworten.

Anmerkung der Protokollführerin

Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird der Fachdienst Umwelt beteiligt. Dort wird der Umweltbericht geprüft. Erforderliche Änderungen oder abweichende Einschätzungen werden über die Stellungnahme im Verfahren eingebracht.

Herr Eichhorn teilt mit, dass dies der Gutachterausschuss festlege und dazu den Bodenrichtwert heranziehe und ob das Gelände landwirtschaftlich gut oder schlecht sei.

Beschluss:

1. Der Geltungsbereich der 86. Änderung des Flächennutzungsplans wird wie in Anlage 1 der Vorlage 18/0238/1 dargelegt beschlossen.
2. Für den in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB beschlossen (Stadium I).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

- TOP 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplans D 174 „Freiflächen-Photovoltaikanlage A 31“;**
-Beschluss über den Geltungsbereich des Bebauungsplans sowie die frühzeitige Beteiligung
Vorlage: 18/0239/1

Dieser Punkt wurde zusammen mit Punkt 5 behandelt.

Beschluss:

1. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans D 174 „Freiflächen-Photovoltaikanlage A 31“ wird wie in Anlage 1 der Vorlage 18/0239/1 dargelegt beschlossen.
2. Der Vorentwurf und die Vorentwurfsbegründung sowie der Entwurf des Umweltberichts für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan D 174 „Freiflächen-Photovoltaikanlage A 31“ werden gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Internet veröffentlicht. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird parallel durchgeführt (Stadium I).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

- TOP 7 Bebauungsplan D 168 „Japaninsel“;**
-Beschluss über die formelle Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB (Stadium II)
Vorlage: 18/0613/1

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus. Die eingegangenen Stellungnahmen hätten es hier nötig gemacht, die Planung noch einmal anzupassen. Hier gehe es insbesondere um die Verlegung der Regenwasserentwässerung, wie in der Vorlage dargelegt.

Beschluss:

Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des Bebauungsplans D 168 „Japaninsel“ werden gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB wird parallel durchgeführt.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 8 Wirtschaftsplan Regionalisierungsmittel 2024**
Vorlage: 18/0296/2

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus und weist darauf hin, dass es sich, wie jedes Jahr, um die § 7 a + b Mittel handle, die für die Sanierung und den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen zur Verfügung gestellt würden.

Die Mittel des § 7 (5) hingegen würden für die Bezuschussung zu Gesellschafterverträgen, für die Sanierung und zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen verwendet werden.

Der Ausbau der Bushaltestellen werde, wie auch im letzten Jahr, mit gleicher Geschwindigkeit vorangetrieben werden, eine entsprechende Liste könne man dem Protokoll beifügen.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

Herr Falbe möchte wissen, ob es sich bei den § 7 a und b Mitteln um reine Fördergelder für den Schülerverkehr handele.

Herr Malzahn teilt mit, dass es sich bei den § 7 a Mitteln um Landesmittel zur Rabattierung der Schülerzeitfahrkarten handele. Die § 7 b und 7 (5) Mittel dienen überwiegend der Sanierung und dem Umbau der Bushaltestellen.

Herr Strelow bittet darum, dem Protokoll die Liste der für 2024 angedachten Bushaltestellen beizufügen und fragt, ob die bereitgestellten Mittel in 2024 ausgegeben würden oder erst im nächsten Jahr.

Herr Falbe möchte wissen, ob es möglich sei, die in Corebbi nicht mehr benötigten Bushäuschen an anderer Stelle wieder zu verwenden.

Frau Krantz teilt mit, dass man dies im Einzelfall prüfen müsse, denn nicht mehr alle Bushäuschen entsprächen dem aktuellen Standard.

Anmerkung der Protokollführerin

Die nicht verbrauchten Mittel aus 2024 stehen in 2025 selbstverständlich noch zur Verfügung und zwar ausschließlich für den ÖPNV.

Für den Ausbau der Bushaltestellen stehen die § 7 b Mittel und ein Teil der § 7 (5) Mittel zur Verfügung, die im investiven Haushalt gebucht werden. Außerdem gibt es für den Ausbau von BHSt auch noch zusätzlich Geldmittel vom Land.

Die für 2024/2025 vorgesehenen Bushaltestellen müssen noch intern abgestimmt werden. Sobald hierzu ein Plan vorliegt, wird dieser dem Ausschuss vorgelegt.

Beschluss:

Die Wirtschaftspläne mit den Anlagen 1 und Anlage 2 zur Vorlage 18/0296/2 werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Gründung einer Verbundstruktur in der Verkehrsregion Ems-Jade bestehend aus dem Zweckverband Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ) und der Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)
Vorlage: 18/0586/2

Dieser TOP wird aufgrund des abweichenden Beschlusses des LK Wittmund von der Verwaltung zurückgezogen. Die Neugründung der VEJ in Zweckverband und GmbH werde vorerst ausgesetzt. Dies sei auch in der VEJ-Videokonferenz am 05.03.2024 von den Juristen von Rödl/Partner empfohlen worden.

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 10 Bebauungsplan D 10B, 1. Änderung „Kindergarten an der Westerburgschule“
Vorlage: 18/1159

Frau Krantz führt kurz zur Vorlage aus.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

Herr Strelow begrüßt das Vorhaben. Es sei jeder Kindergarten willkommen, da in Emden nicht genügend Plätze zur Verfügung stünden und er hoffe daher auf eine schnelle Umsetzung der Baumaßnahme.

Herr Busch begrüßt das Bauvorhaben ebenfalls sowie auch den Schulerweiterungsbau, für den seine Fraktion schon seit einigen Jahren kämpfe, aber er frage sich, wann es denn endlich losgehen könne.

Frau Krantz weist darauf hin, dass die Bauleitung beim Gebäudemanagement liege. Die weitere Entwicklung hänge u. a. auch von den Kapazitäten der Firmen ab, aber eine entsprechende Ausschreibung sei auf den Weg gebracht, so dass mit einem Baubeginn evtl. in der 2. Jahreshälfte zu rechnen sei.

Beschluss:

1. Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung und Erweiterung Bebauungsplans D 10B „Kindergarten an der Westerburgschule“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 der Vorlage 18/1159 zeichnerisch dargestellt, beschlossen.
2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Ergebnis: einstimmig

**TOP 11 Hansator-Quartier und Industrie- und Gewerbegebiet am Neptundock;
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB als Vorhaben- und Erschließungsplan (Stadium I);
Vorlage: 18/1160**

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus und teilt mit, dass es sich hier um einen Aufstellungsbeschluss handele, also als Startsignal für den Investor zur verstehen sei, seine Ideen in eine endgültige Planung umzusetzen. Hier habe man dann eine Synergie zum Ültje-Gelände und es bedeute eine erhebliche Aufwertung des Stadtteils.

Frau Winter möchte wissen, ob es einen neuen Sachstand zu dem angedachten Projekt in der Nesserlander Straße gleich hinter den Bahnschranken gebe.

Herr Malzahn teilt mit, dass es dazu aufwändiger Schallgutachten bedürfe, die derzeit noch nicht vorlägen. Wenn es hierzu neue Informationen gebe, werde man darüber im Ausschuss berichten.

Herr Falbe begrüßt für seine Fraktion ebenfalls das Bauvorhaben, was eine erhebliche Aufwertung darstelle. Er möchte wissen, ob schon bekannt sei, wofür die Gewerbeflächen genutzt würden.

Herr Strelow ist ebenfalls der Meinung, dass dies ein „großer Wurf“ für den Stadtteil sei und diesen aufwerte. Der Entwurf sei in seinen Augen sehr gelungen und es sei wichtig, dass es dort weitergehe. Was die gewerblichen Nutzungen angehe, so mache das CIMA-Gutachten eindeutige Vorgaben zum Einzelhandel.

Herr Busch schließt sich seinen Vorrednern an, für ihn sei es aber enorm wichtig, auch entsprechende Parkplätze vorzuhalten und daher sei eine Tiefgarage unbedingt von Nöten. Hätte man dies entsprechend beim Bau des Delft-Hotels berücksichtigt, hätte man jetzt weniger Probleme.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

Herr Nützel kann dem Beschluss ebenfalls zustimmen. Er begrüße insbesondere die geplanten Grünflächen. Der Investor habe aber leider keine Aussagen zum sozialen Wohnungsbau getroffen, der seiner Meinung nach ebenso wichtig und Punkt für weitere Diskussionen sei.

Herr Eichhorn möchte die Euphorie etwas dämpfen, in dem er darauf hinweist, dass es sich bei dem Fritzen-Gelände um Hafen- und Gewerbegebiet handele. Man könne auch nicht alle Investoren dazu verpflichten, sozialen Wohnraum vorzuhalten. Stellplätze und Tiefgarage könne man sich wünschen, aber private Investoren solle man nicht mit allzu hohen Vorgaben verprellen.

Herr Malzahn teilt mit, dass man auf jeden Fall darauf achten werde, dass die Kaufkraft nicht aus der Innenstadt gezogen werde, dafür gebe es ja auch das Einzelhandelsgutachten. Es müsse alles über einen Städtebaulichen Vertrag mit dem Investor ausgehandelt werden. Die Planung werde sich sicher auch noch ändern, aber hier könne man dem Investor das Startsignal geben.

Beschluss:

Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans D176 „Hansator-Quartier“, gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 12 BauGB als Vorhaben- und Erschließungsplan. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 der Vorlage 18/1160 zeichnerisch dargestellt, beschlossen. Die Durchführung erfolgt im sog. beschleunigten Verfahren gem. § 13a Abs. 1 i. V. m. § 13a Abs. 4 BauGB, verfahrensbezogen findet der § 13a Abs. 2 Anwendung, auf eine frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird verzichtet.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 12 Baulandumlegungsverfahren Vorlage: 18/1162

Frau Krantz stellt anhand der an das Protokoll Nr. 25 vom 20.02.2024 beigefügten Präsentation noch einmal ausführlich den Sachverhalt dar. Weiterhin teilt sie mit, dass dies in Aurich praktiziert worden sei und zwar im Zuge der Neugestaltung des dortigen Marktplatzes, was sie maßgeblich mit begleitet habe, welche ohne Baulandumlegung so nicht möglich gewesen wäre. Einen entsprechenden Beschluss werde man dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung vorlegen.

Herr Busch möchte dazu wissen, ob man einen Eigentümer zu einem Grundstückstausch zwingen könne.

Frau Krantz teilt mit, dass dies zwar rechtlich möglich sei, man aber immer den besseren Weg über Gespräche nutzen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

TOP 14 Anfragen

14.1

Herr ten Hove fragt nach dem Sachstand zum Freibad Borssum sowie zur Trogstrecke.

Frau Krantz teilt mit, dass sie zum Sachstand Freibad Borssum nicht mehr mitteilen könne, als was in der Zeitung gestanden habe. Die Baustelle der Trogstrecke werde in den nächsten Tagen wieder weitergeführt, ausführlichere Informationen dazu werde es dann im zuständigen BEE-Werksausschuss geben.

14.2

Herr Strelow möchte wissen, wann es weitere Aktivitäten im Bereich vor der Kunsthalle gebe, zumal hier die Bäume bereits abgeholzt worden seien.

Frau Krantz teilt mit, dass die Ausschreibung in der letzten Woche erfolgt sei, es vor dem Frühsommer aber keinen Baubeginn gebe. Die dort vorgesehene Bushaltestelle für extra lange Busse werde zwar erst nächstes Jahr mit dem neuen Busfahrplan benötigt, die Umgestaltung wolle man aber zügig vorantreiben.

14.3

Frau Winter spricht das Parkhaus am Wasserturm an. Dort habe man die Schranke am Ein-/Ausgang weggenommen und ihr sei es fast passiert, dass sie einen Fahrradfahrer übersehen habe. Sie bittet darum, dass sich die Verkehrsbehörde die Situation vor Ort ansehen möge.

14.4

Herr Falbe fragt an, ob sich die Verwaltung in engem Austausch mit dem Landkreis Aurich hinsichtlich der Busfahrpläne befinde. Er habe beobachtet, dass zum Beispiel der Regionalbus, der im Bereich der Tankstelle in der Auricher Straße halte, überfüllt sei, wo hingegen der nachgestellte Stadtbus leer bleibe.

Frau Krantz bestätigt, dass man in engem Kontakt mit den Landkreisen Aurich und Leer sei. Das von **Herrn Falbe** angesprochene Problem werde man aber erst nächstes Jahr angehen, wenn es den neuen Fahrplan gebe.

14.5

Herr Eichhorn fragt, warum die Baustelle zum Ausbau der Straße vor dem Lindenhof derzeit noch immer stillstehe, obwohl doch die Temperaturen angemessen seien. Seiner Meinung nach hätte man diese auch bereits abschließen können, da es sich nur um einen kleinen Abschnitt handele. Er möchte im Sommer nicht in der Hitze vor der Ampel stehen und bittet die Verwaltung darum, der Firma eine Rüge zu erteilen oder diese wenigstens anzuschreiben. Er bittet ferner darum, bekannt zu geben, um welche Firma es sich handele und wann mit der Fertigstellung zu rechnen sei.

Frau Krantz kann hierzu nichts sagen, da es sich um Belange des Bau- und Entsorgungsbetriebes handele und diese Themen im dafür zuständigen Werksausschuss behandelt werden müssten. Ihrer Kenntnis nach sei der Baufortschritt aber wie geplant vorangekommen. Sie werde die Frage aber an den BEE weiterleiten.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.03.2024

14.6

Herr Busch fragt an, ob das von Aldi überplante Gelände auch Parkplätze vorsehe und ob ggfs. die Verwaltung die Möglichkeit zur Mitsprache habe.

Frau Krantz teilt mit, dass man den Ausschuss über die geplanten Änderungen auf dem Aldi-Gelände frühzeitig informieren werde.

Anmerkung der Protokollführerin

Die Anfragen zu 14.1 und 14.2 werden an den Bau- und Entsorgungsbetrieb weitergeleitet zur Beantwortung im dafür zuständigen Werksausschuss.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.